

Optimierung der Ausländerintegration

Aufschlüsse aus dem Vergleich zwischen liberaler und restriktiver Politik der Kantone

Eine fordernde Politik gegenüber Ausländern nützt deren Arbeitsintegration, während sich eine offene Haltung positiv auf den Schulerfolg auswirkt. Dies zeigt ein interkantonaler Vergleich.

C. W. · Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Ausländer ist ein wichtiges Ziel von Bund und Kantonen. Ist ihre Politik in dieser Hinsicht aber auch wirksam? Welche Instrumente und Rahmenbedingungen versprechen Erfolg? Der Föderalismus bietet die Möglichkeit, verschiedene Ansätze zu erproben und durch einen Vergleich zu beurteilen. Anita Manatschal, Politikwissenschaftlerin in Bern, hat in ihrer Dissertation die kantonalen Integrationspolitiken systematisch untersucht.

Kantone zeigen ein Profil

Als Erstes zeigt sich trotz dem Rahmen des Bundes ein breites Spektrum an staatlichen Haltungen. Am liberalen Pol erscheinen die Westschweizer Kantone (ohne Wallis); eine restriktive, eher auf Assimilation ausgerichtete Politik führen Innerrhoden, die Urschweizer Kantone und Graubünden, Zürich befindet sich recht genau in der Mitte. Massgebend für diese Bewertung sind Politik-Komponenten wie der Zugang zum Bürgerrecht, die politischen Rechte, die Praxis beim Familiennachzug, die Möglichkeit der staatlichen Anstellung, der Einsatz von Integrationsvereinbarungen (als restriktives Mittel) und das Vorhandensein muslimischer Gräberfelder.

Nicht berücksichtigt hat die Autorin spezielle Fördermassnahmen und die betreffenden Budgets, weil sie eine internationale Vergleichbarkeit anstrebte und offenbar auch keine wichtigen Aufschlüsse zu erwarten hatte. Die offene Haltung in der Romandie erklärt Manatschal mit dem Einfluss des französischen, territorialen Verständnisses von Staatsbürgerschaft. Als weiterer Faktor erweist sich die Stärke der SP,

PDFs und Formulare in den Kantonen und dem Bund
PDFs and forms in the cantons and the federation



Anita Manatschal:
Kantonale Integrations-
politik im Vergleich.

Nomos-Verlag, Baden-Baden
2013. 350 S., Fr. 79.–.

während der Aufstieg der SVP die Integrationspolitik nicht direkt sichtbar in der anderen Richtung verändert hat.

Fördern oder Fordern?

Die integrationspolitischen Unterschiede zwischen den Kantonen haben, wie methodisch aufwendig erhärtet wird, durchaus Konsequenzen. Mit Blick auf die Schule zeigt sich, dass in liberalen Kantonen die Leistungen von Migrantenkindern in Mathematik weniger vom Bildungsstand der Eltern abhängen als in restriktiven, die «Bildungsgleichheit» also grösser ist. Ein klarer Zusammenhang mit der Höhe der Bildungsausgaben ist hingegen auf dieser Ebene nicht zu erkennen. Umgekehrt ist für die wirt-

schaftliche Integration (gemessen an geringer Arbeitslosigkeit) eine «fordernde» Politik besser als eine multikulturell offene Haltung, die Ausländer zum Beispiel im Verharren in der Herkunftssprache bestärken kann.

Etwas komplexer ist das Bild bei der sozialen Integration, indem ein freiwilliges Engagement und die Mitgliedschaft in einem Verein dort am häufigsten sind, wo eine zwischen Fordern und Fördern ausgewogene Politik vorherrscht. Als positiver Faktor erweist sich – wie übrigens für mehrere Bereiche – der Zugang zu kantonalen Stellen, wogegen politische Rechte eher negativ mit sozialen Engagements korrelieren.

Die Befunde sind gerade auch insofern interessant, als der Zusammenhang zwischen Politik und Resultat kaum auf der Hand liegt. So ist es zwar denkbar, dass Integrationsvereinbarungen (Verpflichtung zum Besuch eines Sprachkurses) die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern oder präventiv die Eigenanstrengungen erhöhen, aber ein entsprechender Effekt strenger Einbürgerungskriterien ist unwahrscheinlich. Entscheidend ist offenbar das ganze gesellschaftliche Umfeld der Integration, von dem die spezifische Politik ihrerseits ein Ausdruck ist. Dabei macht nicht die Sprachregion allein das «Klima» aus. Wie auch immer, es lassen sich keine einfachen Rezepte ableiten. Die festgestellte Gegenläufigkeit der Wirkungen verlangt jedenfalls eine sorgfältige Optimierung. In der Rolle der Kantone an sich sieht Anita Manatschal kein Problem, im Gegenteil; sie empfiehlt indessen, im föderalistischen «Labor» den Austausch zu verstärken.